

## **Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises**

31.10.2008

### **Ärztemängel: Freie Wähler haken nach**

Enttäuscht von den Initiativen von CDU und SPD im Kreistag zum Problem der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Main-Kinzig-Kreis zeigen sich die Freien Wähler. Was die Koalitionsparteien als Maßnahmen vorschlugen, ist für Herbert Bien, den Sprecher der Freien Wähler für den ländlichen Raum, eine reine Mogelpackung. „Die Anträge gehen am eigentlichen Problem vorbei. Mit ihnen wird es keinen Fortschritt oder Erfolg bei der Lösung der ärztlichen Versorgungsmisere im östlichen Main-Kinzig-Kreis geben.“

Nach dem Willen der CDU soll der Kreisausschuss gebeten werden, eine Analyse der Situation der hausärztlichen Versorgung zu erstellen und auf ihrer Grundlage einen Handlungskatalog zu erarbeiten. Auch die SPD setzt auf den Kreisausschuss und will ihn auffordern, Vertreter der kassenärztlichen Vereinigung einzuladen, um über die rechtlichen Regelungen und die Situation im Main-Kinzig-Kreis zu berichten.

Für Herbert Bien sind solche Anträge bloße Hinhaltetaktik und meilenweit von jedweder konkreten Hilfe entfernt. „Mit solchen Anträgen werden die Gemeinden alleine gelassen. In Lettgenbrunn steht eine Praxis seit Mai leer. In zahlreichen anderen Orten gehen die Ärzte in den Ruhestand und die Nachfolge ist nicht geklärt. In dieser Situation hilft es wenig, Analysen zu erstellen und Handlungskataloge zu erarbeiten. Die Situation ist klar und es ist fünf Minuten vor zwölf.“

Nach Informationen der Freien Wähler sind zahlreiche Gemeinden dazu übergegangen, jungen Ärzten Hilfen bei einer Praxisübernahme in Aussicht zu stellen. Doch trotz Angeboten wie niedrigeren Mieten oder Renovierungszuschüssen ist der Erfolg nicht immer gesichert. Herbert Bien: „Noch kann die medizinische Versorgung einigermaßen über Ärzte aus den Nachbargemeinden aufrecht erhalten werden. Allerdings bleibt immer weniger Zeit für Hausbesuche und ausreichende Beratung.“

Auch die von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Kretschmer vorgeschlagene Lösung einer Aufteilung des Main-Kinzig-Kreises in kleinere Versorgungsgebiete vermag die Freien Wähler nicht zu überzeugen. Das Problem sei weniger, wie vom Wächtersbacher Bürgermeister vorgegeben, dass eine Arztpraxis, die in Sinntal geschlossen wird, durch das Eröffnen einer Praxis in Maintal kompensiert werden könne. „Das Problem ist vielmehr, dass die kassenärztliche Vereinigung eine Praxis im östlichen Main-Kinzig-Kreis ausschreibt und sich trotz intensiver Bemühungen kein Interessent meldet. Es ist nicht nachzuvollziehen, was eine Verkleinerung der Versorgungsgebiete an dieser Situation ändern würde. Deren Größe wie auch die Versorgungsquote des Main-Kinzig-Kreises von 110 Prozent spielen bei der Tatsache, dass Ärzte ungern aufs Land gehen, wenn überhaupt, nur eine geringe Rolle.“

Die Freien Wähler warnen deshalb von vorschnellen Schuldzuweisungen an die kassenärztliche Vereinigung oder die Krankenkassen. Herbert Bien: „Die Rahmenbedingungen der ärztlichen Versorgung werden in Berlin gesetzt. CDU und SPD sollten keine Schaufrankfurteranträge produzieren, sondern sich lieber mit den niedergelassenen Ärzten und anschließend mit ihren Bundestagsabgeordneten unterhalten. Die Klagen sind seit der verfehlten Gesundheitsreform allerorten gleich: zu viel Bürokratie, Bezahlung nach Kopfpauschale statt nach medizinischer Leistung und keine Zeit für die Patienten. Hier liegt der Ansatzpunkt. Solange die Leistungen der Mediziner im ländlichen Raum nicht entsprechend gewürdigt werden - und dies bedeutet auch eine ausreichende Vergütung ihres Engagements - werden wir aus der Versorgungskrise im Main-Kinzig-Kreis nicht

herauskommen. Im Gegenteil, auf Grund der demographischen Entwicklung ist vielerorts eine weitere Verschlechterung absehbar.“